

**Pressemitteilung der BBH vom 01.02.10:**

## **Bürger Bewegung Haarzopf: Ein erster Erfolg!**

Die BBH bedankt sich ausdrücklich bei SPD, FDP, Linken und EBB, nachdem diese Parteien ihr Wahlversprechen eingelöst haben und im Rat der Stadt nun endlich den Schulstandort für eine neue Gemeinschaftsgrundschule auf den Standort Raadter Straße durchgesetzt haben.

„Schwer enttäuscht hat uns das Abstimmungsverhalten der Grünen“ sagte Felix Brockerhoff von der BBH: „Die Grünen haben Ihr Wahlversprechen gebrochen und den Bürger betrogen; sie verweigerten die noch im November versprochene Zustimmung zum Schulstandort Raadter Straße.“

Mit der Festlegung des Schulstandortes hat die BBH ihr erstes Ziel erreicht. Jetzt verhindern jedoch einzelne Entscheidungsträger der Stadtverwaltung (Fr. Raskop) und der Politik die Nutzung des Schulerweiterungsgrundstücks Eichholzhof. Nur mit dieser Erweiterung wird sichergestellt, dass in wenigen Jahren auch die Schüler der 5. und 6. Klasse auf dem Schulgrundstück Platz finden, so wie es die Landesregierung plant. Nur mit dem Erweiterungsgrundstück wird der reibungslose Schulbetrieb während der Bauphase sichergestellt.

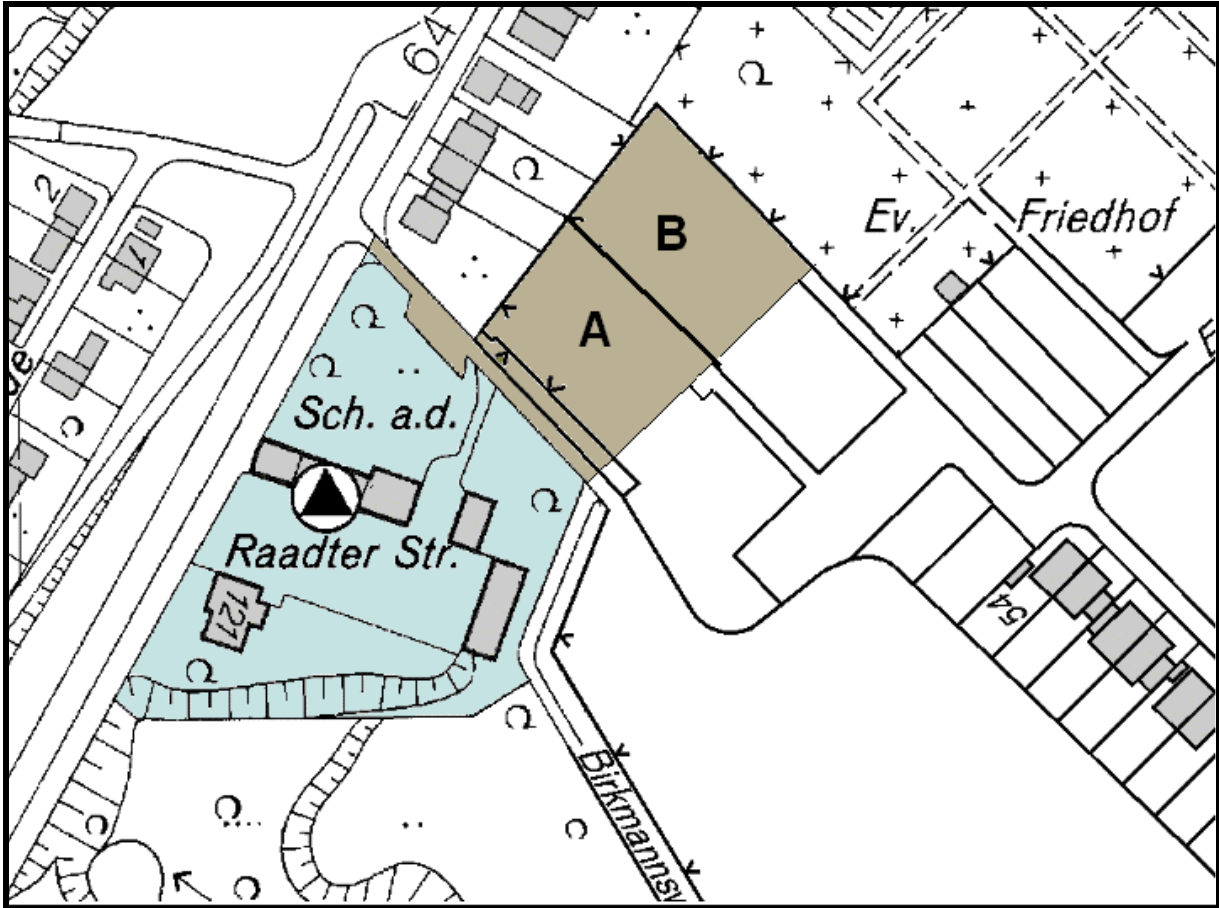
Die BBH will verhindern, dass in wenigen Jahren schon wieder das Schulgrundstück in Frage gestellt wird. Thomas Grünewald von der BBH erklärt: „Eine Erweiterungsfläche für die neue Gemeinschaftsgrundschule ist jetzt vorhanden. Diese Fläche gehört einem Eigenbetrieb der Stadt, es handelt sich um Bauland und es wäre völlig unsinnig jetzt einen Bauträger dort Wohnhäuser errichten zu lassen (wie es die Stadtverwaltung gerade versucht) und in wenigen Jahren das Schulgebäude schon wieder in Frage zu stellen, weil dann genau diese Erweiterungsfläche fehlt.“

Die Idee das Schulgrundstück einfach in das angrenzende Landschaftsschutzgebiet auszudehnen, nur um auf dem angrenzenden Bauland Wohnhäuser zu errichten, lehnt die BBH ab.

Zur Finanzierung teilt die BBH mit: Für den Schulbau an der Raadter Straße sind 9 Mio. € in der „Schulpauschale“ vorgesehen. Diese Position „Schulpauschale“ unterliegt nicht der Genehmigungspflicht in Düsseldorf, sogar bei einer Haushaltssperre könnte also der Schulbau erfolgen.

Nach einer dreimonatigen europaweiten Ausschreibung im Rahmen eines Architektenwettbewerbs könnte theoretisch bereits am Ende der Sommerferien mit dem Bau begonnen werden.

Autor: Thomas Grünewald / Felix Brockerhoff



 Derzeitiges  
Schulgrundstück

 Mögliche  
Erweiterungsfäche